

Antwort der Verwaltung auf die Anfrage der/des	:	Bündnis 90/Die Grünen-Ratsfraktion
für die Sitzung des Ausschusses für Bauen, Planung und Grundstücke am	:	23.04.2009
THEMA	:	Förderung der Fahrradnutzung im Berufsverkehr
Antwort erteilt	:	Stadtbaurat Dienberg

Zu den Fragen wird wie folgt Stellung genommen:

Zu 1.) Es hat noch keine entsprechenden Umfragen und Gespräche in den Unternehmen gegeben. Der Verkehrsverbund Süd-Niedersachsen (VSN), der sich aus 17 Verkehrsunternehmen und den drei Aufgabenträgern (Stadt Göttingen, ZVSN, Landkreis Holzminden) zusammensetzt, hat jedoch im Dezember 2008 ein Betriebliches Mobilitätsmanagement (BMM) für die Region Südniedersachsen in Auftrag gegeben. Nachdem nun zwischen den Projektbeteiligten die erforderliche Finanzierungsvereinbarung abgeschlossen wurde, beginnt das beauftragte Büro in der 17. Kalenderwoche mit der Bearbeitung des gemeinsam abgestimmten Arbeitsprogramms.

Zentrales Ziel des BMM ist es, durch Information und Befragung ausgewählter Betriebe (u.a. Novelis, Sartorius, Rathaus, Kaufpark) in Göttingen, Bovenden und Rosdorf Chancen und Potentiale für die Verlagerung vom Motorisierten Individualverkehr (MIV) auf die Verkehre des Umweltverbundes (ÖPNV und Radverkehr) aufzuzeigen. Der darauf aufbauende Schritt beinhaltet die Definition zielgerichteter Maßnahmen, um mit einem effizienten Handlungsprogramm die anvisierte Verkehrsverlagerung auch tatsächlich zu erreichen.

Zu 2.) Die Ansätze/Kernziele von "bike&business" im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main, "Öko-Verkehrs-Siegel" in Freiburg sowie dem geplanten BMM (Teilaspekt Radverkehr) in Göttingen, Rosdorf, Bovenden sind vergleichbar. Die Programme enthalten im Ergebnis allesamt eine oder mehrere Maßnahmen, die die Beschäftigten motivieren bzw. es ihnen erleichtern sollen, mit umweltfreundlichen Verkehrsmitteln zur Arbeit zu kommen.

Zu 3.) Noch nichts (siehe zu 1.). Der Anteil der Stadt Göttingen an den Kosten für das BMM beträgt ca. 30.000 € (finanziert aus Regionalisierungsmitteln).

Zu 4 und 5.) Der Maßnahmenkatalog wird als ein Arbeitsschwerpunkt vom beauftragten Büro erarbeitet und mit dem Auftraggeber (VSN) abgestimmt. Der Maßnahmenkatalog einschl. der mit den möglichen Maßnahmen einhergehenden Kosten wird zu gegebener Zeit dem Ausschuss für Bauen, Planung und Grundstücke vorgestellt.